

A1 Eins nach dem Anderen!

Antragsteller*in: R. Landele
Tagesordnungspunkt: 1.1.2. Tagesordnung

Antragstext

- 1 Die Anträge in TOP5 werden verschoben auf die MV am 15.6.19 (oder folgend).
- 2 Auch weitere Anträge zu diesem Themenkomplex („Listenaufstellung“, „Kritik am
- 3 Vorstand“ oder ähnlichem, was vielleicht noch kommt.) werden nicht am 5.6.
- 4 behandelt.

Begründung

Auf der MV am 5.6.19 geht es um die Bewertung des Wahlergebnisses und die Frage, wie wir Grüne in Trier damit umgehen. Daran wird auch die Öffentlichkeit (=Presse) Interesse haben – und nicht an grün-internen Selbstbeschäftigungen (die ich definitiv für nötig halte! Aber: zum richtigen Zeitpunkt).

Sollte bereits am 5.6. über die Fragen Frauenstatut und Förderung der Teilhabe von Frauen an der Macht diskutiert werden, dann ist dies eine inhaltliche Vorwegnahme der MV vom 15.6. - in der es einen Rechenschaftsbericht des Vorstandes mit Aussprache geben wird. Und auf der auch, davon gehe ich aus, den Mitgliedern die vor Wochen schriftlich geäußerte Kritik vorliegt – wie vom Vorstand ehemals zugesagt.

Gleiches, nämlich der Wunsch nach Verschickung, trifft auch zu auf die beiden Anträge „AK Kommunales“ & „AK Emanzipation“: sie wurden bisher nicht eingebracht, weil es hieß, auf der MV am 5.6. wird über die Kommunalwahlergebnisse diskutiert, nicht über interne Fragen der Partei. Außerdem war Wahlkampf...

Hilfreich, so hoffe ich, könnte auch sein, vor der MV am 15.6. miteinander zu sprechen und an einem Strang zu ziehen – so dass wir nicht mit 17,32 Anträgen in eine MV gehen.

Daher: der richtige Ort und die zeitlich richtige Stelle, um diese Dinge zu diskutieren, ist, inhaltlich und organisatorisch, der 15.6.

A2 No Coal(ition)

Gremium:	Grüne Jugend Trier
Beschlussdatum:	29.05.2019
Tagesordnungspunkt:	4. Wahlanalyse & Perspektiven (Zusammenarbeit im Rat etc.) - Aussprache
Status:	Zurückgezogen

Antragstext

1 Die schwarz-grüne Verantwortungsgemeinschaft ist vorbei. Während die GRÜNEN
2 bundesweit durch ein deutliches erstarken der Klimabewegung im letzten Jahr
3 profitieren konnten, hat die CDU deutlich verloren. Eine Glorifizierung einer
4 Verantwortungsgemeinschaft mit einer unsolidarischen, sozialpolitisch
5 fragwürdigen und klimapolitisch bedrohlichen CDU darf jetzt nicht folgen. Es
6 muss allen klar sein, dass der GRÜNE Wahlerfolg nicht wegen, sondern trotz der
7 Verantwortungsgemeinschaft mit der CDU gefeiert werden kann.

8 Als Grüne Jugend präferieren wir wechselnde Mehrheiten, die im Stadtrat eine
9 offene, problemorientierte und pragmatische Arbeit ermöglichen. Abseits von
10 Vereinbarungen zu Verantwortungsgemeinschaften („Koalitionsvertrag“) kann jeder
11 Punkt frei verhandelt werden und es muss nicht regelmäßig auf den*die Partner*in
12 Rücksicht genommen werden. Es kann konsequent für GRÜNE Themen gestritten
13 werden. Trier hat als Universitätsstadt viele junge Einwohner*innen, die gerade
14 als ganze Generation politisch erstarken und für eine bessere Zukunft streiten.
15 Während andere Parteien Bewegungen wie FFF oder XR skeptisch beäugen oder sogar
16 bedrohlich wahrnehmen, haben die GRÜNEN deutlich gemacht, dass sie den Protest
17 auf der Straße gutheißen und auch unterstützen.

18 Auch das Bekenntnis zu grünen Themen in Wahlprogramm und Wahlkampf, sowohl auf
19 der Straße als auch auf öffentlichen Veranstaltungen wird in Trier sicherlich
20 zum Wahlerfolg beigetragen haben. Wir fordern daher die Fraktion dazu auf, sich
21 für eine konsequente Umsetzung der demokratisch von der Mitgliederversammlung
22 beschlossenen Punkte einzusetzen. Wir erwarten außerdem, dass auch zukünftige,
23 demokratisch von der Mitgliederversammlung beschlossene Anträge von der Fraktion
24 respektiert und nach Möglichkeit umgesetzt werden. Als aktuell größte Fraktion
25 im Trierer Stadtrat können die GRÜNEN konsequent ihre Themen auf die
26 Tagesordnung bringen und bearbeiten. Durch das sehr gute und umfangreiche
27 Wahlprogramm gibt es bereits eine große Sammlung relevanter Themen, die
28 umgesetzt werden können. Die zuletzt veröffentlichten TOP 10 des Wahlprogramms
29 sollten möglichst bis zur nächsten Wahl im Stadtrat verhandelt worden sein.

30 Als GRÜNE JUGEND Trier ist es uns dabei besonders wichtig, dass der Fokus der
31 künftigen Ratsarbeit auf dem Klimaschutz steht. Dazu sollten sich sowohl die
32 Ratsfraktion als auch die Partei an das Kommunalwahlprogramm als auch Beschlüsse
33 auf Landes- und Bundesebene, sowie den Forderungen der FridaysForFuture-Bewegung
34 orientieren!

Begründung

Ein großer Teil des GRÜNEN Erfolgs geht auf die Bewegungen der vergangenen Wochen zurück - von FridayForFuture und den Protesten gegen Artikel 13. Dieser Realität sollen die GRÜNEN hiermit Rechnung tragen

A3 Wähler*Innen ernst nehmen - Trier umweltpolitisch voran bringen

Antragsteller*in: R. Landele, P. Hoffmann, T. Kretzer

Tagesordnungspunkt: 4. Wahlanalyse & Perspektiven (Zusammenarbeit im Rat etc.) - Aussprache

Status: Zurückgezogen

Antragstext

- 1 1. Die Trierer Grünen streben kein festes Bündnis mit den anderen Parteien des
2 Stadtrates an.
- 3 2. Die Trierer Grünen werden Gespräche mit allen demokratischen Parteien des
4 Stadtrates aufnehmen, um gemeinsame Projekte in der neuen Wahlperiode um zu
5 setzen. Die Leitlinien für solche Projekte sind vorrangig der Nutzen für Umwelt &
6 Klima, die Finanzierbarkeit und die soziale Ausgewogenheit.
- 7 3. Verhandlungsführer*Innen gegenüber den anderen Parteien sind die
8 Fraktionsvorsitzen und jeweiligen Fachpolitiker*Innen.

Begründung

erfolgt mündlich

A4FinalNEU Den ökologischen und-sozialen Wandel in Trier voranbringen

Antragsteller*in: Kreisvorstand/Grüne Jugend

Tagesordnungspunkt: 4. Wahlanalyse & Perspektiven (Zusammenarbeit im Rat etc.) - Aussprache

Antragstext

1 Die Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen erklären:

- 2 1. Wir nehmen den Auftrag, die Politik der Stadt Trier als größte Fraktion im
3 Stadtrat gestalten zu dürfen, dankbar und mit einer gehörigen Portion
4 Respekt an.
- 5 2. Wir präferieren für diese Wahlperiode wechselnde Mehrheiten, sodass wir
6 konsequent für GRÜNE Themen streiten und diese möglichst gut umsetzen
7 können. Um trotzdem die notwendige Kontinuität und Planungssicherheit für
8 die kommenden fünf Jahre zu gewährleisten, werden Kreisvorstand und
9 Fraktion beauftragt, mit allen demokratischen Fraktionen und
10 Ratsmitgliedern intensive und regelmäßige Gespräche zu führen. Das Ziel
11 soll sein, in wichtigen Themen möglichst breite Mehrheiten zu erreichen.
12 Daher soll bereits frühzeitig ausgelotet werden, welche konkreten Projekte
13 in dieser Wahlperiode gemeinsam in Angriff genommen, vorangetrieben und
14 umgesetzt werden können.
- 15 1. Grundlage des politischen Handelns bilden unser Wahlprogramm und die darin
16 festgelegten Prioritäten sowie alle aktuellen und zukünftigen,
17 demokratisch gefassten Beschlüsse der Mitgliederversammlung. Die
18 Leitlinien für solche Projekte sind vorrangig der Nutzen für Umwelt &
19 Klima, die Finanzierbarkeit und die inklusive Gesellschaft.
- 20 1. Vorstand und Fraktion werden im Herbst gegenüber der Mitgliederversammlung
21 einen ausführlichen Bericht erstatten und gegebenenfalls erforderliche
22 Beschlüsse vorbereiten..

Begründung

Bündnis 90/ Die GRÜNEN sind sowohl bundesweit als auch in Trier bei den Kommunal- und Europawahlen am 26. Mai 2019 erheblich gestärkt worden. Bundesweit konnten wir uns als zweitstärkste Kraft etablieren. In vielen Städten sind wir bei beiden Wahlen stärkste Kraft geworden. Dies gilt auch für Trier mit der Besonderheit, dass wir hier ein besseres Kommunal- als Europawahlergebnis erzielen konnten.

Mit diesem Ergebnis haben wir nicht gerechnet. Es ist in erster Linie Folge der seit Monaten andauernden Demonstrationen und Klimastreiks von Schüler*innen im Rahmen von Fridays for Future, aber auch den Klimaaktivist*innen, die beispielsweise die drohende Rodung des Hambacher Forsts zum Symbol einer rückwärtsgewandten, klima- und umweltschädlichen Energiepolitik gemacht haben. Es ist ein Verdienst der jungen Generation, die Bedrohung durch die Klimakatastrophe zum zentralen gesellschaftspolitischen Thema erhoben zu haben.

Der grüne Wahlerfolg ist deshalb vorrangig kein Lohn für die geleistete Arbeit. Vielmehr drückt sich in ihm die Hoffnung und der Auftrag aus, der Abwendung der Klimakatastrophe oberste Priorität einzuräumen. Wir bedanken uns bei den Wähler*innen für das uns entgegengebrachte Vertrauen. Zugleich haben wir aber auch verstanden, dass dieses Vertrauen die Erwartung einschließt, dass wir

uns mit aller Kraft für dieses Ziel einsetzen und die notwendigen Veränderungen in der Verkehrs-, Energie- und Umweltpolitik bewirken.

Gleichzeitig haben uns Menschen aber auch gewählt, weil sie die Gestaltung einer inklusiven Stadtgesellschaft mit dem Recht einer Teilhabe für alle am sozialen, schulischen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben befürworten. Beispielhaft genannt seien hier die Schaffung bezahlbaren Wohnraums, dem Voranbringen einer inklusiven Schule für alle, der barrierefreien Gestaltung des öffentlichen Raums und der Umsetzung der Solidarkarte.

Das Trierer Kommunalwahlergebnis ist aber auch eine Bestätigung der Arbeit der grünen Stadtratsfraktion. Einerseits haben wir mit der schwarz-grünen Verantwortungsgemeinschaft zumeist mit Zustimmung anderer Fraktionen konkrete Projekte auf den Weg gebracht. Andererseits haben wir unsere roten Linien gehalten. Beispielhaft genannt seien hier die konsequente Ablehnung der Bebauung der Brubacher Flur und unser Kampf gegen die Straßendinosaurier Moselaufstieg und Meulenwaldautobahn.

Auch in anderen Bereichen konnten wir die Stadtpolitik voran bringen und mitgestalten. Beispielhaft genannt seien hier die Fortschritte bei der Schaffung einer inklusiven Stadtgesellschaft, unser Eintreten für eine humanitäre Asyl- und Flüchtlingspolitik verbunden mit der Schaffung einer echten Willkommenskultur, zu der neben hunderten ehrenamtlicher Helfer*innen auch unsere ehemalige Bürgermeisterin Angelika Birk maßgeblich beigetragen hat.

Wir bedanken uns bei der Fraktion der CDU für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit in den vergangenen fünf Jahren. Dieser Dank gilt aber auch den anderen demokratischen Fraktionen und dem Ratsmitglied Dr. Henseler. Trotz manch hitziger öffentlicher Debatte konnten wir auch mit ihnen bei vielen Projekten konstruktiv zusammen arbeiten.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass die schwarz-grüne Verantwortungsgemeinschaft ihre Mehrheit im Stadtrat verloren hat.

Wir präferieren wechselnde Mehrheiten, die im Stadtrat eine offene, problemorientierte und pragmatische Arbeit ermöglichen. In solchen Strukturen kann jeder Punkt frei verhandelt werden. Es kann konsequent für GRÜNE Themen gestritten werden.

Damit stehen wir vor der Herausforderung, die Trierer Stadtpolitik als größte Fraktion ohne feste Mehrheit gestalten zu müssen. Dieser Umstand birgt Chancen und Risiken. Die Gestaltung des ökologischen und sozialen Wandels erfordert ein Mindestmaß an Kontinuität in den kommenden fünf Jahren.

Aus dem Wahlergebnis ziehen wir die oben stehenden Folgerungen

A4NEU Den ökologischen und-sozialen Wandel in Trier voranbringen

Antragsteller*in: Kreisvorstand

Tagesordnungspunkt: 4. Wahlanalyse & Perspektiven (Zusammenarbeit im Rat etc.) - Aussprache

Status: Zurückgezogen

Antragstext

1 Die Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen erklären:

- 2 1. Wir nehmen den Auftrag, die Politik der Stadt Trier als größte Fraktion im
3 Stadtrat gestalten zu dürfen, dankbar und mit einer gehörigen Portion
4 Respekt an.
- 5 2. Wir präferieren für diese Wahlperiode wechselnde Mehrheiten, sodass wir
6 konsequent für GRÜNE Themen streiten und diese möglichst gut umsetzen
7 können. Um trotzdem die notwendige Kontinuität und Planungssicherheit für
8 die kommenden fünf Jahre zu gewährleisten, werden Kreisvorstand und
9 Fraktion beauftragt, mit allen demokratischen Fraktionen und
10 Ratsmitgliedern intensive und regelmäßige Gespräche zu führen. Das Ziel
11 soll sein, in wichtigen Themen möglichst breite Mehrheiten zu erreichen.
12 Daher soll bereits frühzeitig ausgelotet werden, welche konkreten Projekte
13 in dieser Wahlperiode gemeinsam in Angriff genommen, vorangetrieben und
14 umgesetzt werden können.
- 15 3. Grundlage für diese Gespräche sind unser Wahlprogramm und die darin
16 festgelegten Prioritäten. Die Leitlinien für solche Projekte sind vorrangig
17 der Nutzen für Umwelt & Klima, die Finanzierbarkeit und die inklusive
18 Gesellschaft.
- 19 4. Vorstand und Fraktion werden im Herbst gegenüber der Mitgliederversammlung
20 einen ausführlichen Bericht erstatten und gegebenenfalls erforderliche
21 Beschlüsse vorbereiten..

Begründung

Bündnis 90/ Die GRÜNEN sind sowohl bundesweit als auch in Trier bei den Kommunal- und Europawahlen am 26. Mai 2019 erheblich gestärkt worden. Bundesweit konnten wir uns als zweitstärkste Kraft etablieren. In vielen Städten sind wir bei beiden Wahlen stärkste Kraft geworden. Dies gilt auch für Trier mit der Besonderheit, dass wir hier ein besseres Kommunal- als Europawahlergebnis erzielen konnten.

Mit diesem Ergebnis haben wir nicht gerechnet. Es ist in erster Linie Folge der seit Monaten andauernden Demonstrationen und Klimastreiks von Schüler*innen im Rahmen von Fridays for Future, aber auch den Klimaaktivist*innen, die beispielsweise die drohende Rodung des Hambacher Forsts zum Symbol einer rückwärtsgewandten, klima- und umweltschädlichen Energiepolitik gemacht haben. Es ist ein Verdienst der jungen Generation, die Bedrohung durch die Klimakatastrophe zum zentralen gesellschaftspolitischen Thema erhoben zu haben.

Der grüne Wahlerfolg ist deshalb vorrangig kein Lohn für die geleistete Arbeit. Vielmehr drückt sich in ihm die Hoffnung und der Auftrag aus, der Abwendung der Klimakatastrophe oberste Priorität einzuräumen. Wir bedanken uns bei den Wähler*innen für das uns entgegengebrachte Vertrauen.

Zugleich haben wir aber auch verstanden, dass dieses Vertrauen die Erwartung einschließt, dass wir uns mit aller Kraft für dieses Ziel einsetzen und die notwendigen Veränderungen in der Verkehrs-, Energie- und Umweltpolitik bewirken.

Gleichzeitig haben uns Menschen aber auch gewählt, weil sie die Gestaltung einer inklusiven Stadtgesellschaft mit dem Recht einer Teilhabe für alle am sozialen, schulischen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben befürworten. Beispielhaft genannt seien hier die Schaffung bezahlbaren Wohnraums, dem Voranbringen einer inklusiven Schule für alle, der barrierefreien Gestaltung des öffentlichen Raums und der Umsetzung der Solidarkarte.

Das Trierer Kommunalwahlergebnis ist aber auch eine Bestätigung der Arbeit der grünen Stadtratsfraktion. Einerseits haben wir mit der schwarz-grünen Verantwortungsgemeinschaft zumeist mit Zustimmung anderer Fraktionen konkrete Projekte auf den Weg gebracht. Andererseits haben wir unsere roten Linien gehalten. Beispielhaft genannt seien hier die konsequente Ablehnung der Bebauung der Brubacher Flur und unser Kampf gegen die Straßendinosaurier Moselaufstieg und Meulenwaldautobahn.

Auch in anderen Bereichen konnten wir die Stadtpolitik voran bringen und mitgestalten. Beispielhaft genannt seien hier die Fortschritte bei der Schaffung einer inklusiven Stadtgesellschaft, unser Eintreten für eine humanitäre Asyl- und Flüchtlingspolitik verbunden mit der Schaffung einer echten Willkommenskultur, zu der neben hunderten ehrenamtlicher Helfer*innen auch unsere ehemalige Bürgermeisterin Angelika Birk maßgeblich beigetragen hat.

Wir bedanken uns bei der Fraktion der CDU für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit in den vergangenen fünf Jahren. Dieser Dank gilt aber auch den anderen demokratischen Fraktionen und dem Ratsmitglied Dr. Henseler. Trotz manch hitziger öffentlicher Debatte konnten wir auch mit ihnen bei vielen Projekten konstruktiv zusammen arbeiten.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass die schwarz-grüne Verantwortungsgemeinschaft ihre Mehrheit im Stadtrat verloren hat.

Wir präferieren wechselnde Mehrheiten, die im Stadtrat eine offene, problemorientierte und pragmatische Arbeit ermöglichen. In solchen Strukturen kann jeder Punkt frei verhandelt werden. Es kann konsequent für GRÜNE Themen gestritten werden.

Damit stehen wir vor der Herausforderung, die Trierer Stadtpolitik als größte Fraktion ohne feste Mehrheit gestalten zu müssen. Dieser Umstand birgt Chancen und Risiken. Die Gestaltung des ökologischen und sozialen Wandels erfordert ein Mindestmaß an Kontinuität in den kommenden fünf Jahren.

Aus dem Wahlergebnis ziehen wir die oben stehenden Folgerungen

A5 (A)NEU3 Feministischer streiten

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 5. Anträge

Antragstext

1 Die Mitgliederversammlung der Trierer Grünen fordert die GRÜNE Stadtratsfraktion
2 in Trier dazu auf, Frauenstatut und Frauenförderung konsequent umzusetzen. Das
3 Frauenstatut ist eine der Grundsäulen grüner Politik. Hierzu gehört insbesondere
4 den Redebeiträgen von Frauen* den notwendigen Raum zu geben, wozu
5 erfahrungsgemäß leider eine Quotierung von Redebeiträgen notwendig ist.

6 Wir wollen ein deutliches Bekenntnis der GRÜNEN Fraktion zum Frauenstatut und
7 fordern sie daher auf, sich eine Geschäftsordnung unter Berücksichtigung des
8 Frauenstatuts zu geben, d. h. insbesondere mit Blick auf quotierte Redeliste und
9 der Möglichkeit eines Frauenforums. Wir fordern außerdem eine, insgesamt
10 quotierte Besetzung der städtischen Ausschüsse und anderer Gremien durch die
11 GRÜNE Fraktion. Sollte auch nach bestem Bemühen keine in Summe quotierte
12 Besetzung aller Gremien erfolgen können, kann das Frauenforum der Fraktion für
13 jedes Gremium einzelnen die Öffnung der Plätze beschließen.

14
15 Auf der Mitgliederversammlung am 15.6.2019 wird seitens des Vorstands ein Antrag
16 gestellt werden, welcher die Stelle einer*eines Gleichstellungsbeauftragten aus
17 den Reihen des Vorstands in der Satzung verankert. Diese stellt eine Ergänzung
18 der hier geforderten Punkte dar.

Begründung

Das Frauenstatut ist eine der wichtigsten Errungenschaften der Grünen Parteigeschichte. Der noch immer viel zu kleine Frauenanteil in den deutschen Parlamenten zeigt, wie wichtig dieses noch immer ist. Mit der Übernahme des Frauenstatuts in die Geschäftsordnung der künftigen Fraktion sorgt die Fraktion für mehr Geschlechtergerechtigkeit auch auf kommunaler Ebene.

A5 (B) Feministischer streiten (Alternativantrag)

Antragsteller*in: Thorsten Kretzer

Tagesordnungspunkt: 5. Anträge

Antragstext

1. Die Mitgliederversammlung der GRÜNEN in Trier fordert den Stadtvorstand der GRÜNEN in Trier dazu auf, ein Frauenstatut analog zum Frauenstatut der Landespartei vorzubereiten und in einer der nächsten Mitgliederversammlung zur Abstimmung zu stellen.[\[1\]](#)
2. Die Stadtratsfraktion wird aufgefordert weiterhin die Frauenförderung und das Frauenstatut konsequent umzusetzen. Und das Frauenstatut weiterhin als eine der Grundsäulen grüner Politik bestätigt. Hierzu gehört insbesondere den Redebeiträgen von Frauen* den notwendigen Raum zu geben, wozu erfahrungsgemäß leider eine Quotierung von Redebeiträgen notwendig ist.
3. Wir wollen ein deutliches Bekenntnis der GRÜNEN Partei und der GRÜNEN Stadtratsfraktion zum Frauenstatut und fordern letztere daher auf, sich eine Geschäftsordnung unter Berücksichtigung des Frauenstatuts und der gesetzlichen Möglichkeiten zu geben, d. h. insbesondere mit Blick auf quotierte Redeliste und der Möglichkeit eines Frauenforums[\[2\]](#). Wir fordern außerdem eine, nach bester Möglichkeit und möglichst in Summe quotierte Besetzung der städtischen Ausschüsse und anderer Gremien durch die GRÜNE Stadtratsfraktion.

[\[1\]](#) (siehe dazu auch die Regelung im Frauenstatut der GRÜNEN RLP: § 3 FRAUENABSTIMMUNG UND VETORECHT (4) Die Kreis- und Ortsverbände sind aufgefordert, analoge Regelungen in ihre Satzungen aufzunehmen.)

[\[2\]](#) Wobei beim Frauenforum – nach GRÜNEN Verständnis – zu überprüfen ist, inwieweit dies mit den geltenden rechtlichen Bestimmungen in Einklang zu bringen ist.

Begründung

Frauenförderung und eine feministische Grundhaltung sind tragende Säulen GRÜNEN Selbstverständnisses. Gerade die Stadtratsfraktion der GRÜNEN hat hier in den letzten Wahlperioden immer wieder Meilensteine gesetzt. So wurde auf Antrag der GRÜNEN das Gender-Budgeting im Trierer Rat durchgesetzt und immer wieder bei konkreten Beschlüssen eingefordert. Auch die Regelungen zur Kinderbetreuung für Vertreter*innen in städtischen Gremien wurde durch die GRÜNEN gestärkt. Ebenso ist es dem Eintreten starker GRÜNER Frauen im Rat zu verdanken, dass in der Personalpolitik der Verwaltung Teilzeitarbeit gestärkt wurde. Auch der jüngste Antrag zur gendergerechten Sprache ist nur eines von vielen Beispielen GRÜNEN Engagements in diesem Themenbereich.

Jedoch hat die Vergangenheit auch gezeigt, dass es bei der Quotierung der Redeliste immer wieder mal zu einem Schlendrian gekommen ist. Auch hat die teilweise falsche Anwendung des Frauenstatutes bei der Listenaufstellung gezeigt, dass hier noch Auffrischungsbedarf besteht. Auch der jahrelange Mangel an Frauen für eine quotierte Besetzung im Parteivorstand zeigt, dass hier noch nachzubessern ist.

A6 Gleichberechtigung und politische Teilhabe von Frauen nachhaltig voran bringen

Antragsteller*in: R.Landele, T.Kretzer

Tagesordnungspunkt: 5. Anträge

Antragstext

- 1 Es wird ein „AK Emanzipation“ eingerichtet, welcher mindestens einmal im
- 2 Jahresquartal tagt und offen ist für alle interessierten, engagierten Menschen.
- 3 Aufgabe des AK ist die Förderung der Gleichberechtigung UND die Förderung der
- 4 Teilhabe von Frauen an den politischen Prozessen und politischer Macht innerhalb
- 5 unseres Stadtverbandes. Dies bedeutet, Ursachen für die Benachteiligung von
- 6 Frauen in der Politik zu diskutieren und Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten.
- 7 Die Teilnahme von Vertreter*Innen des Vorstandes ist verpflichtend und jährlich
- 8 ist ein Sachstandsbericht an die Mitgliederversammlung zu erbringen.

Begründung

Seit Jahrzehnten erleben wir die Jammerei darüber, dass Frauen auch bei den Grünen (Trier) nicht genug politisches Gewicht haben. Zu recht! Aber die Jammerei gibt es immer nur, wie in der Vergangenheit, kurz vor Wahlen - ob nun Wahlen von Mandatsträger*Innen oder interne Wahlen, wie z.B. den Vorstand.

Nur: immer wieder mal auf irgendeiner MV darüber zu jammern und immer wieder die gleichen Gedanken dazu zu wälzen, ist doch ein Offenbarungseid: wenn man ein solches strukturelles Problem angehen will, dann benötigt man auch ein strukturelles „Gegengewicht“, eine Struktur, welche sich um dieses Problem konzentriert kümmert. Haben wir nie gemacht bzw. installiert in Trier...warum? Wollten es die Männer nicht? Wer hat die Frauen gehindert? Niemand!

Was mich (Rainer) betrifft, weiß ich warum: weil ich ein Kerl bin und ich es immer ein wenig absurd fand, da voran zu preschen, so etwas zu organisieren – eben als „Mann“. Aber nach dem, was bei uns in den letzten Monaten passierte, sage ich halt jetzt einfach: okay, wir brauchen ein solches „Gremium“ - besetzt mit Männern & Frauen & allen die sich anders verstehen -, welches sich um diese Sache langfristig (=mit langem Atem!) kümmert. Solche ad-hoc Kämpfe, wie auf der Listenaufstellung, wo manche auf einmal das Frauenstatut entdecken und dann auch noch falsch verstehen, bringen die Sache jedenfalls nicht voran.

Die Ernte einer kontinuierlichen Arbeit, dieses sich „Kümmern“, fahren wir dann hoffentlich in 10, 20 Jahren ein – wenn Frauen nicht mehr nur voller Elan bei uns einsteigen in die politische Arbeit, sondern dann auch bei uns bleiben für viele Jahre, Jahrzehnte.

Zum Abschluss noch folgende Anmerkung: ich empfinde es schon als eine Frechheit, der Stadtratsfraktion und den Grünen in Trier zu unterstellen, sie hätten in der Vergangenheit nicht (genug) für die Gleichberechtigung von Frauen gekämpft. Auch das Frauenstatut ist ja keine Neuentdeckung, sondern wird in Trier seit Jahrzehnten angewendet. Nur haben wir offensichtlich neuerdings eine Situation, in der es ein leichtes ist, zu behaupten, das Frauenstatut würde verletzt – von Leuten, die es augenscheinlich gar nicht kennen. Von Leuten, die nicht schon Jahrzehnte für Gleichberechtigung kämpfen und nichts über die Vergangenheit der Trierer Grünen wissen. Ich empfinde sowas als Diffamierung (wie es ja auch gemeint ist!) – und reagiere entsprechend pissig.

A7 Hürden senken – Beteiligung erhöhen

Antragsteller*in: R. Landele

Tagesordnungspunkt: 5. Anträge

Antragstext

- 1 Die grüne Stadtratsfraktion wird beauftragt, innerhalb dieses Jahres einen
- 2 Vorschlag für eine MV zu erarbeiten, wie der kommunalpolitische Arbeitskreis
- 3 („AK Kommunales“) gestärkt und wieder zu einem wichtigen, niederschweligen
- 4 Angebot der Grünen an Bürger*Innen werden kann , um sich an kommunalpolitischer
- 5 Arbeit zu beteiligen.

Begründung

erfolgt mündlich

A8 ÜBERNOMMEN: Wahlperiode statt Legislatur

Antragsteller*in: Thorsten Kretzer
Tagesordnungspunkt: 2. Rückblick auf vergangene Wahlperiode
Status: Zurückgezogen

Antragstext

- 1 Wir sprechen von Wahlperiode und nicht von Legislatur.

Begründung

Aufgrund der Gemeindeordnung bilden Rat und Verwaltung eine Einheit. Zwar hat der Rat eine Satzungsbefugnis für bestimmte Bereiche, jedoch hat der Rat keine gesetzgeberische Kompetenz.